

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 35,50 M., durch Boten bezogen monatlich 38,00 M., bei Postbestellung monatlich 32,00 M. Frei Haus, Erscheint wöchentlich nachmittags, Einzelnummer 2,00 M. Postfachkonto: zum Besten Nr. 1664. Geschäftsstelle: Güterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

Anzeigenpreis Der Spaltenweise Millimeter Zeitraum 2,00 M. und der spaltenweise Millimeter Zeitraum zum 7,00 M. Die laufende Monatsaufstellung wird vom Besteller auf seine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 6,00 M. in Zahlung genommen. Briefgebühr 75 Btg. Porto bezahlend. Anzeigen für die Sonntagsblätter 10 Uhr. Preisnachlass bei 100. Bestimmung wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 146.

Dienstag, den 22. August 1922

162. Jahrgang.

Poincaré - „nicht Hero und nicht Bismarck“ aber der Vater aller Lügen und Entstellungen!

Eine politische Rede des Ministerpräsidenten.

Paris, 22. August. Poincaré hat am Montag nachmittag in Paris die bei der Einsetzung der Generalratung seines Heimatdepartements Meuse seine angekündigte politische Rede gehalten, die zu der künftigen Reparationspolitik Frankreichs die Richtlinien geben sollte. Der Ministerpräsident hat im wesentlichen erklärt, die Lösung des Reparationsproblems sei nicht nur am höchsten Willen Deutschlands, sondern

weitens mehr an Schwierigkeiten überraschender Natur gescheitert. Seit dem Kriege habe bei den Alliierten das Bedürfnis politischer Solidarität nachgelassen. Frankreich könne nicht verstehen, daß seit drei Jahren bei den alliierten Friedensverträgen immer wieder die Einzelheit auf seine Kosten (?) hergestellt worden sei. Frankreich habe viele Enttäuschungen hinter sich und habe formidabel Konzeptionen machen müssen (??). Wenn es aber Garantien oder Sanktionen verlange, sei es auf Widerstand gestoßen. Schließlich hätte man glauben können, daß man Frankreich überhaupt das Recht abspreche, eine französische Politik zu machen. Frankreich müsse sich bei interalliierten Konferenzen und in der Reparationskommission der Mehrheit beugen, d. h., Frankreich löse diejenigen, die an den Reparationen das geringste Interesse haben. England habe Deutschland gegenüber stets zu Zahlungsausschub und Nachsicht geraten und jedoch, wenn absolut notwendige Zwangsmittel vorgeschlagen wurden, Frankreich an deren Anwendung verhindert.

Reichszugler Berlin habe auf die Londoner Ausführungen Poincarés geantwortet, Deutschland habe nichts getan, um abzüglich der Markflur zu beschleunigen. Der Markflur sei ferner nicht auf die von Deutschland geltend gemachten Gründen zurückzuführen (?), sondern auf der Mangel der Papiergeldausgabe durch die Reichsbank und die Kapitalabwanderung durch die wachsenden Krise, die alle ihre Geldmittel den Reparationszahlungen entziehen wolle. Die Reparationskommission hätte schon mehrmals Gelegenheit gehabt, die Höhe des künftigen Deutschlands, nämlich, nicht zu zahlen, festzusetzen.

Unter diesen Bedingungen habe Deutschland nun ein neues Moratorium verlangt. Sofort und ohne Frankreich zu befragen, habe

die englische Regierung öffentlich dessen Berechtigung anerkannt.

Gleichzeitig habe sie an Frankreich die Mitteilung ergehen lassen, daß Frankreich an England Schulden habe, und daß die Regelung der französischen Schulden an England von den Englishen abhängig sei, die die amerikanischen Gläubiger treffen würden. Die deutsche Schuld sei im Jahre 1921 auf 122 Goldmilliarden festgesetzt worden.

Das sei eine allerdings etwas theoretische Summe, da die Zahlungsfähigkeit ungewiß bleibe und der Gegenwert nicht berechnet werden könne. Aber eine Gleichstellung interalliiert Schulden mit der deutschen Reparationsschuld wäre eine unannehmerliche Ungerechtigkeit (!). Deutschland habe das Recht wieder autark zu machen und diese notwendige Wiederherstellung müsse jeder anderen Regelung vorgezogen, sonst würde sich Frankreich in die Notwendigkeit versetzt sehen, von seinen alliierten Schatzkammern, Kassen, Numismaten und Zerbien ebenfalls Bezahlung zu verlangen.

Die französische Regierung müsse im übrigen auf ihrem bekannten Standpunkt beharren und sie werde ihn nicht aufgeben, was auch immer kommen möge. Es sei unrichtig, wenn Deutschland Frankreich hinterzögen lasse. Frankreich beschuldige nicht, selbst im Falle, daß es allein Garantien in Anspruch nehmen müsse, daß diese dauernd anzusetzen (??). An dem Tage, wo Deutschland lokal seine Verpflichtungen anerkenne und freiwillig durchführe, werde Frankreich gern bereit sein, gemeinsam mit Deutschland die geeigneten Mittel zu finden für eine rasche und regelmäßige Erfüllung des Friedensvertrages. Trotz der Versicherungen einiger englischer Publizisten bin ich nicht Hero, noch Bismarck. Wir wissen wohl, wo die Grenzen unseres Landes aufhören und unsere feste nationale Politik ist weder heimlich noch veränderlich.

Es ist zweifellos, immer wieder dieselben Lügen und gemeinen Unterstellungen wieder personifizierten haben und Nachzügler des französischen Ministerpräsidenten zu widerlegen. Jedoch kann nicht oft genug betont werden, daß Frankreich und insbesondere sein verantwortlicher Führer die Quelle ist, welcher der Deutschlands und Europas Wirtschaftslieben erfindende Kavalotter immer von neuem entquillt.

Wie bekannt, hat der Reichsfinanzminister im Laufe der Unterredung allerdings seinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Verpflichtung der künftigen Sorten auf dem linken Meinerer und der künftigen Vergewerke im Anbetracht als Garantieführung nicht in Betracht kommen könne. Ebenso lehnt die Regierung ab, der Forderung nachzukommen, um als Garantie für ein Moratorium, die der Reichsbank gehörende Goldmilliarde nach dem besetzten Gebiet zur Kontrolle der Entente zu stellen. Mit Recht nimmt die Regierung an, daß durch diese Freigabe des letzten Goldes nur ein neuer Markflur herbeigeführt werden könnte.

Die Verhandlungen wurden auf Dienstag vormittags 10 Uhr vertagt. Es ist möglich, daß in der heutigen Ansprache von deutscher Seite gewisse Anregungen, um nicht zu sagen, Vorschläge für eine Verständigung gegeben werden. Zur Stunde steht aber darüber noch nichts fest. Zur Abklärung an diese Angelegenheit sind außerdem der geplanten Kabinetsitzung eine unverbindliche Ansprache der beteiligten Staatssekretäre und Messorschets mit dem Reichsfanzler statt, der sich die Leitung der ganzen Verhandlungen vorbehalten hat.

Bradbury als Beauftragter der englischen Regierung.

Man beschäftigt sich in Berliner politischen Kreisen, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, gehen in der Hauptsache mit den englischen Intentionen, die Bradbury aus London erhalten hat. Sie sollen dahin gehen, das Reparationsproblem in seiner Gesamtheit aufzurollen und grundsätzlich mit der deutschen Regierung zu erörtern. England soll die Wägen haben, auf Grund der möglichen Verständigung, die Bradbury mit der Berliner Regierung trifft, für die nächste Konferenz in Brüssel ein neues Programm auszuarbeiten. Demnach wird Bradbury nicht allein als Vertreter der Reparationskommission mit der deutschen Regierung verhandelt, sondern mit dieser auch eingehende Verhandlungen als Beauftragter der englischen Regierung führen.

Die Wahrheit über die Reparationsleistungen.

Poincaré behauptet unentwegt, Deutschland habe noch nichts geleistet, es wolle nicht und mache einen „fünftägigen Wanktritt“. Darum will er „produktive“ Wägen, „Einkauf des „Blühenden“, „wohlhabenden“ Deutschland. Das war selbst Lloyd George zu hart. Er wies darauf hin, daß Deutschland von seiner drei Rekonstruktion und zwar der Zahl seines Regierens „schon“ 10 Milliarden Goldmark gezahlt habe. Sehr freundlich von Herrn Lloyd George. Aber unsere Schätzungen sind anders. Die bisherigen Leistungen Deutschlands stellen einen erheblich höheren Wert dar. Und wir müssen unsere Rechnung immer und immer wieder aufstellen. Der Gesamtbetrag der deutschen Friedensvertragsleistungen ohne Kolonien, Verluste in Westpreußen, Posen und Oberschlesien wird auf 45,6 Milliarden Goldmark veranschlagt, die sich im einzelnen auf folgende Posten verteilen:

Deutsches liquidiertes Eigentum im Ausland	11,7 Milliarden
Die ausgelieferte Flotte	5,7 „
Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten	6,5 „
Uebergebenes Eisenbahn- und Verkehrs-material	2,0 „
Andere Leistungen nichtmilitärischen Charakters	5,8 „
Verlust der deutschen Ansprüche an seine Kriegsverbindeten	7,0 „
Wahrgelohnte Kohlenlieferungen	1,3 „
Zugabebenen	1,1 „
Reparationsleistungen in bar	1,3 „
Schiedene kleine Posten	3,2 „

Nehmen man dazu noch — und wir müssen so rechnen! — den Wert der Kolonien und die privaten und staatlichen Eigentumsverluste in Westpreußen, Posen, namentlich aber Oberschlesien, so erreichen unsere „Leistungen“ und Verluste die ungeheure Summe von 100 Milliarden Goldmark!

Die Rechnung der Entente stimmt also nicht. Den Wert der geraubten Gebiete läßt sie ganz außer Acht, rechnet nur das „Staatsvermögen“ als „Leistung“. Und hier liefert sie sich eine unerhörte Minderbewertung. Sie hat z. B. den Wert dieses deutschen Staatsvermögens mit 2,5 Milliarden Goldmark angesetzt. In Wirklichkeit ist er auf mindestens 6,5 Milliarden zu bemessen. Frankreich hat uns die Zugabebenen für kaum ein Drittel des wirtlichen Wertes gutgeschrieben. Der Friedenswert der Handelsflotte betrug rund 1,5 Milliarden Mark. Im Monat der Ablieferung aber waren die Preise für Schiffsraum außerordentlich und sie mußten auf ein Mehrfaches dieses Wertes veranschlagt werden. In Rechnung gestellt worden sind aber nur ungefähr 700 Millionen Goldmark, da man die im Monat der Abrechnung infolge eines völligen Umschwunges auf dem Seefrachtmarkt herrschenden sehr niedrigen Tonnagepreise zu Grunde legte. Daraus ergibt sich die bitterrechtliche Ungerechtigkeit, daß die Entente in der Bewertung der deutschen Leistungen bisher in eigener Sache ist! Es muß darum von Deutschland die Einsetzung eines neutralen Schiedsgerichtes verlangt werden. Was helfen uns alle „Leistungen“, noch so übermäßigste Anstrengungen, wenn man uns nur einen Bruchteil anrechnet. Sollen wir in jahrelanger Unerwarteter Frontarbeit bluten? Nach den Plänen Frankreichs (sicher). Wir wollen aber nicht 60 Millionen Mark für die anderen abgeben. Es muß einmal ein Ende haben. Wir müssen einmal sagen: Wir hierher und nicht weiter. Wir leben schließlich nicht nur für uns, sondern für die künftigen Geschlechter.

Belgiens politische Richtlinien.

Paris, 22. August. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat von dem belgischen Ministerpräsidenten Dehaene die Mitteilung erhalten, daß die belgische Regierung wieder ihren Vertreter in der Reparationskommission, Delacroix, beauftragt hat, sich seiner Stimme zu enthalten, was sich gegenüber Frankreich die Hände gebunden hat. Die belgische Regierung habe sich an den Vertrag von Versailles, der ihre Unterfertigung trägt. Weiter hat Dehaene erklärt, England müsse bezeichnen, daß Frankreich gewisse Garantien verlangen müsse. Aber die Ausführung der Garantien lasse sich nicht allein auf die Garantie als solche selbst. Die belgische Regierung sei optimistisch und glaube bestimmt, daß die Kräfte eine allgemeine Regelung in kurzer Zeit bringen würde.

Tageschronik

Die getägten Reparationsbesprechungen in Berlin dienen nur informativem Zweck. Bradbury will als Beauftragter der englischen Regierung das gesamte Reparationsproblem aufrollen. Die bayrische Krise scheint endgültig beigelegt zu sein. Der Ueberwachungsansatz des Reichstages genehmigte die Erhöhungen der Beamtengehälter.

Die Reparationsverhandlungen in Berlin.

Zunächst nur informativem Zweck. Berlin, 22. August. Am Montag nachmittag 4 Uhr fand die erste sachliche Besprechung Bradburys und Marceles mit dem Reichsfinanzminister Dr. Gernes und dem Staatssekretär Bergmann über die Frage des Moratoriums im Reichsfinanzministerium statt. Die Verhandlungen dauerten etwa eine Stunde. Die beiden Vertreter der Reparationskommission entwickelten den bekannten französischen und englischen Standpunkt. Der Reichsfinanzminister dürfte erklärt haben, daß Deutschland nun schon seit 1 1/2 Jahren eine konsequente Erfüllungspolitik zu betreiben vermag und daß es nicht die Absicht hat, von dieser Linie abzugehen. (1) Aber Deutschland könne bei dem katastrophalen (2) der Mark bei bestem Willen nicht mehr die ihm angelegenen Leistungen aufbringen. Infolgedessen sei es auf eine Ktempung angewiesen. Die Diskussion führte, wie nur natürlich noch zu keinem Ergebnis, sondern diente in der Hauptsache der gegenseitigen Information.

Beilage zu Nr. 196 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 22. August 1922

Die Sitzung der Stadtverordneten

Es stand gestern noch alles unter dem Eindruck der verregneten Ferien. Daher war auch die Stimmung eine dementsprechend trübe. Daß es zu größeren Zusammenkünften kam, war von vornherein ausgeschlossen. So einige Anläufe zu Nebenmieten wurden zwar genommen, aber dabei blieb es auch. Man sah sich wohl zu schwach, um einen Spurt zu machen. Wunder, wo das Fund Butter beinahe über 200 Mark kostet. Aber es ging auch so und alle Beschlüsse des Magistrats fanden einstimmige Annahme.

Ehe die Verammlung in die Tagesordnung eintritt, gibt der Stadtverordneten-Vorsteher Junfer bekannt, daß die Verwaltungsgebühren, Hausangelegenheiten, Anknüpfungssteuer, Wertzuwachssteuerordnung und die Wohnungsabgabe für 1922 in Höhe von 70 Prozent genehmigt worden seien. Ferner teilt er mit, daß infolge Vollerhebung sei auch die Mehrausgaben beim Gas- und Wasserwerk 1 021 773 Mark, beim Elektrizitätswerk 253 440 Mark, bei der Parkverwaltung 659 000 Mark insgesamt mit allen anderen rund 2 243 840 Mark betragen. Die Deckung sollte, wie Oberbürgermeister Herrgott erklärt, aus dem sogenannten Pufferposten erfolgen. Da dieser aber schon längst aufgebraucht ist und die Zufüsse vom Reich auf sich warten lassen, den Gemeinden noch nicht die Möglichkeit gegeben ist, ihre Steuern auszuhebeln, befindet sich die Stadt in einer sehr missigen Lage. Stadtv. Richter (Rom.) findet es unwürdig, den hiesigen Arbeitern den Vorwurf zu machen, sie seien unerlässlich in ihren Vorkorderungen. Er spricht dann noch von einem „verfaulenden Wirtschaftssystem“.

Man behandelt zuerst den Punkt 11 der Tagesordnung, Zustimmung zum Vertrag mit dem Hallischen Bergwerkverein wegen Schiffe und Unterhaltung einer Motordrüse. Stadtv. Herrl (Dem.) begründet die Vorlage. Es sollen dem Hallischen Bergwerkverein 100 000 Mark bewilligt werden, damit er die Möglichkeit habe, eine Motordrüse anzuschaffen, die auch unserer Stadt dann dienen soll. Vergebung bekommt so mit verhältnismäßig unerschwinglichen Kosten ein modernes Feuerlöschgerät. Zur Unterbringung der Drüse ist ein kleiner Umbau des Feuerwehrraums notwendig. Dafür soll die Stadt 30 000 Mark geben. — Beide Summen werden bewilligt. Dann folgt man Beschluß über die

Aufhebung einer Verfügung als Stadtverordneter. Der Fleischmeister Karl Böme hatte es abgelehnt, das Amt zu übernehmen, da sein Geschäft es nicht zulasse. Die Wahlkommission hat sich aber überzeugt, daß dies nicht zutrifft. Stadtv. Richter will, daß man seinen Zwängen folle. Stadtv. Dr. Heilmann dagegen ist der Ansicht, daß, wenn Herr Böme einmal zugestimmt hat, er nunmehr nicht ablehnen könne. Die Verammlung beschloß, die Ablehnung des Herrn Böme ihrerseits abzulehnen. — Dann soll ein

Mitglied zum Kuratorium der Hindenburgbank gewählt werden. Die Wahl fällt auf den Rektor Köth.

Zu Mitgliedern zum Schutzamt der Mittelschule werden gewählt die Herren Eberhard Berger und Holzhausen. Ueber den nächsten Punkt

Rathschäftigung beim Etat der Haushaltsverwaltung für 1921 spricht Stadtv. Eberhard (Dem.). Es müssen 6341,73 Mark Beiträge zur Haushaltskasse der Provinz Sachsen für Nachversicherung von Dienstleuten bewilligt werden. Ebenso 7239,50 Mark Beiträge zur Witwen- und Waisenversorgungskasse. Beides wird bewilligt.

Die Mehrausgaben beim Haushaltsplan der Sparkasse erfordern die Rathschäftigung eines Zuschusses in Höhe von 120 872 Mark. Zinsen sind allein 70 000 Mark Gehaltsmehrausgaben. Die Summe wird bewilligt. — Dr. Heilmann (Dem.) spricht über die

Merkkosten für die Reichstagswahl 1921. Die entstandenen Mehrausgaben, die die Stadt selbst tragen muß, in Höhe von 1444,82 Mark werden nachbewilligt. Derselbe Redner fordert eine

Entlastung der Rechnung des Nahrungsmittel-Untersuchungsamts für 1916. Die Entlastung wird erteilt. — Die

Gewährung der Gehaltszuschüsse für das städtische Kranienhaus wird in der beantragten Form vorgenommen. Die Bewilligungssätze werden lobend betragen: für Gehilfen in Klasse III 90 Mark, Klasse II 127,50 Mark, Klasse I 165 Mark, für Auswärtige in Klasse III 105 Mark, Klasse II 150 Mark, Klasse I 195 Mark. Ueber die

Gewährung des Gemeindevorschusses für Häuser in der Rentengutskolonie

spricht Stadtv. Teiler (Dem.). Der Magistrat ist grundsätzlich bereit, die aus dem Gemeindevorschuss vom 25. April und 30. Mai 1922 noch nicht verbrauchten Mittel dergestalt zur Verfügung zu stellen, daß unter Berücksichtigung der veränderten Wirtschaftslage daraus eine geringere Anzahl von Wohnungen hergestellt werden dürfen, als bei der Bewilligung der Gelder ursprünglich beabsichtigt war. Er kann sich aber mit Rücksicht auf die Folgen und die geldliche Notlage der Stadt nicht entschließen, die Mittel so zu verteilen, daß mehr als das vorgeschriebene Gemeindevorschuss auf jede Wohnung entfällt. — Die Verammlung beschloß, das geforderte Gemeindevorschuss in Höhe von 900 Mark je Quadratmeter nicht zu gewähren. Die

Bewilligung der Mittel für den Abzug der Grundstücke Fischerstraße 11/13 bildet den letzten Punkt. Stadtv. Richter (Rom.), der diesen Punkt begründet, fordert schließlich noch 10 000 Mark für Reparaturen. Als der Magistrat erklärt, die Mängel

des Hauses zu beheben, zieht Richter seinen Antrag zurück. Der Magistratsantrag wird angenommen.

Stadtv. Woye (S. V. D.) wünscht Auskunft über die Festlegung der Paradenmieten. Die Bewohner der Paraden sollten bei der Vergebung von massiven Häusern zuerst berücksichtigt werden. Bisher ist ein Fall bekannt, aber die Wohnung ist durchaus unzulänglich. Stadtv. Heiser: Es gibt eine große Zahl Paradenbewohner, die gar nicht ausziehen wollen. Bis jetzt sind zwei Wohnungsanträge gestellt worden. Es soll aber eine Liste aufgestellt werden. Es müssen auch die Leute berücksichtigt werden, die eine noch schlechtere Wohnung als die Paradenbewohner haben. Stadtv. Krüger (S. V. D.) beantragt, daß es noch große Wohnungen gebe, in denen nur zwei Personen wohnen. Die Ressource müsse Räume abgeben, wenigstens welche zur Verfügung stellen. Oberbürgermeister Herrgott macht aufmerksamer, daß eine Beschlagnahme nicht so einfach sei. Die Wohnung müßte auf Kosten der Stadt beschlagnahmt werden, aber die Stadt kann große Kosten nicht tragen. —

Um 7 1/2 Uhr schloß die öffentliche Sitzung.

Die kommunale Verwaltungsreform.

Zusatzartikel über Grundzüge und Ziele.

Die Entwürfe der preussischen Städteordnung und preussischen Landgemeindeförderung sind mit ausführlicher Begründung dem Staatsrat zur Begutachtung übergeben worden; sie gehen bei seinem Wiederzusammentritt dem Senat zu. Die beiden Entwürfe sind in allem Wesentlichen so geblieben, wie sie neulich im Reichstag beantragt worden. Neu aber ist eine Anlage, welche die Grundzüge und Ziele der preussischen Verwaltungsreform in ihrem ganzen Umfang enthält.

Das Ministerium des Innern hat, so wird darin dargelegt, die Frage geprüft, ob die Junggründung der kommunalen Verwaltungsreform, insbesondere auch die Neuorganisation des Verhältnisses der Kommunalverwaltungen zum Staat, gleichzeitig eine Aenderung der Staatsorganisation erforderlich macht. Diese Prüfung hat zu einer Vermehrung der Frage geführt.

Die Staatsaufsicht wird, abgesehen von der Zentralisation, bisher von den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten geleitet. Die Befestigung des Dualismus, der in der Zuständigkeit von Oberpräsident und Bezirksregierungen auf den gleichen Gebieten besteht, ist in verschiedener Weise gefordert worden. Die weitergehende Forderung will unter Berufung auf die englische Verwaltungsorganisation die Zuständigkeit selber Anlangen im wesentlichen auf die kommunalen Selbstverwaltungskörper höherer Ordnung übertragen. Aber die rein mechanische Nachahmung einer ganz andersartigen historischen Entwicklung würde für den jungen preussischen Parlamentarismus unbedenklich sein. Gerade in Anbetracht der fortschreitenden Politisierung der Selbstverwaltungskörper bedarf die Staatsregierung der festen Stütze ihrer eigenen Provinzialbehörden zur Sicherung der einheitlichen Durchführung der Gesetze und

der Richtlinien, für die sie dem Landtag verantwortlich ist. Die Selbstverwaltungskörper selbst sind in der Übertragung der Staatsaufsicht auf die weiteren kommunalverwaltenden eine Beeinträchtigung der grundsätzlichen Gleichberechtigung aller Gemeindeverbände und Widerspruch ihrer daher aufs entschiedenste.

Die zweite Forderung läuft auf eine Verschmelzung der Kreisverwaltungen mit dem Oberpräsidium hinaus. Da der Oberpräsident wegen unerlässlichen Kontaktes mit den ganzen Provinzen nicht einberufen werden kann, würde die Verschmelzung nur durch Übertragung der Zuständigkeit der Regierung an die Oberpräsidenten geschehen können. Aber auch dem liegen die schwerwiegendsten Bedenken entgegen. Die Finanzlage des Staates könnte durch eine solchen Umwälzung verbundenen personellen und baulichen Kosten nicht tragen. Auch muß eine Lebensvollst und wirksame Reform darauf gerichtet sein, Behörden und Bevölkerung kräftig anzunähern und sie nicht weiter zu trennen. Zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung wird also nur die Zuständigkeit der Oberpräsidenten eingeschränkt werden können. Diese Forderung ist aber nicht von grundsätzlicher Art, daß sie das Verhältnis zwischen Staat und Selbstverwaltungskörpern und damit die kommunale Verwaltungsreform wesentlich beeinflussen könnte.

Ebenso soll auch in der Kreisreform die Stellung des Landrats grundsätzliche dieselbe bleiben wie bisher. Gegen eine kommunalisierung des Landrats sprechen dieselben Bedenken, wie gegen eine Vereinfachung der Staatsbehörden in der Provinzialverwaltung, und noch in verstärktem Maße. Der ebenfalls wichtige und verantwortliche Ausläufer der Staatsverwaltung, der Leiter der Kreisverwaltung, muß in einer Weise besetzt werden, welche die Durchführung der Politik der Staatsregierung vollständig gewährleistet, als dies bei einer Wahl des Landrates durch die parteipolitisch orientierte Kreisversammlung möglich wäre. Andernfalls würde in allen Kreisen der gewählte Landrat der Wortführer der speziellen Kreisinteressen werden müssen, auch in den Fällen, wo das Kreisinteresse mit dem allgemeinen Interesse des Staatsganges nicht übereinstimmt. Der geltende Rechtszustand, wonach der Landrat vom Staate ernannt, der städtische Bürgermeister aber von der Stadtvorordnetenversammlung gewählt wird, ist kein Zufall und seine Aufhebung der Vorteile gegenüber den Städten, sondern lediglich der Ausdruck tatsächlicher Verhältnisse. Das städtische Wirtschaftsleben drängt von selbst zu jeder Zusammengehörigkeit mit dem großen staatlichen Wirtschaftsförderer, die einfacheren wirtschaftlichen Zusammenhänge auf dem Lande dagegen bergen die Gefahr der Isolierung und zentrifugaler Strömungen in sich. Durch soll der Landrat wie bisher vom Kreisrat vorgeschlagen werden können, aber von der Regierung ernannt werden und in seiner jetzigen Doppelfunktion als städtischer und kommunaler Beamter bleiben.

Die Denkschrift legt ferner dar, daß auch in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und im Beamtenrecht sowie in der Organisation der Volksbehörden so grundsätzliche Veränderungen nicht in Aussicht zu nehmen sind, daß deswegen die kommunale Verwaltungsreform aufgeschoben werden müßte. Die kommunale Verwaltungsreform hat daher zeitlich unabhängig von der staatlichen Verwaltungsreform in Angriff genommen werden und muß der erste Schritt auf dem Reformweg sein. Auf dem Gebiet des Gemeindevertrags herrscht territorial und sachlich eine solche Verfestigung, daß die Vereinheitlichung nicht länger verzögert werden kann. Deshalb sind zunächst Städteordnung und Landgemeindeförderung ausgearbeitet worden, und diese Gemeindeverfassungsgesetze bauen sich auf den gleichen Grundgedanken auf.

Turnen, Spiel u. Sport des „Merseburger Tageblatt“. **B.-V. Germania-Merseburg wieder Erstklassig. — Klänendes Abschieden der 99er Wasserballmannschaft in Dürrenberg. — Deutsche Leichtathletik-Meisterschaften.**

Ballspiel-Verein „Germania“ wieder 1. Klasse.
Was zwei lange Jahre hindurch wohl das Schicksal eines jeden Germanen war, wieder in die 1. Klasse aufzurücken; nun endlich ist es in Erfüllung gegangen. Nach harten und schweren Kämpfen gelang es der 1. Mannschaft die Meisterschaft der 11. Klasse zu erringen. Dann kam B. f. M.-Meideburg an die Reihe; dieses Spiel war wohl das schwerste; erst nach wechselvollem, erbitertem Ringen blieben unsere Germanen mit 2:0 Sieger. Meideburg legte bei diesem Spiel Protest ein, dieser wurde vom Saalorgan anerkannt. Diegegen legte Germania beim Kreisvorstand Berufung ein. Am Freitag wurde diese Sache verhandelt, die Berufung Germanias anerkannt und das Spiel für Germania als gewonnen erklärt. Nachdem nun auch dieses letzte Hindernis aus dem Wege geräumt ist, ist Germania endgültig wieder in der 1. Klasse. Doch nun darf nicht auf dem Vorbeere ausgerufen werden, nun gilt es zu beweisen, daß Germania der 1. Klasse würdig ist.

Germania 1. schlägt Favorit-Ralle (Zigaretter) 3:0 (1:0).
Einen neuen Erfolg errang die 1. Germanenstaffel am Sonntag; trotzdem die Elf mit drei Erfolgen spielen mußte, hatte sie doch fast dauernd etwas mehr vom Spiel; doch blieben zunächst Erfolge vermisst, nur durch ein Selbsttor Favorits kam Germania in Führung. Nach Selbsterfolg war Germania überlegen, doch hatten die Stürmer reichlich Pech und andererseits rettete einmal der Fohlen einen Bombenschuß von B. Günther und ein anderes Mal schon derselbe Spieler aus allerhöchster Nähe den Torwart an. Erst kurz vor Schluß brachte D. Stöckel durch einen Kopfball den zweiten Erfolg, dem sein Bruder S. Stöckel noch einen unahnbaren Treffer erreichte. Favorit spielte nur mit 10 Mann. Germania III. — Favorit IV. 3:5 (1:3), Germania IV. — Breußen IV. 3:0 (1:0), Germania I. — Knaben spielten in Neumarkt gegen Spielvereinigung 1. Knaben und errangen einen 2:0-Sieg und damit ein Diplom mit nach Hause.

Wasserballspiel.

99 I. schlägt Dürrenberg mit 3:0 und Wader Halle I. mit 4:0 und wird dadurch Sieger im Dürrenberger Wasserballturnier.
Wohl den größten Erfolg, den Merseburger Schwimmer je erzielt haben, errang die 99er Wasserballmannschaft am Sonntag in Dürrenberg. An den Spielern beteiligten sich außer dem Dürrenberger S. S. und unterem Wader noch Wader-Halle und Wader-Naumburg. — Die Vorrunde führte im ersten Spiel 99 mit Wader-Halle zusammen. Die Gallener waren unseren erstmalig in härtester Aufstellung spielenden Merseburgern in jeder Beziehung unterlegen und mußten sich mit 4:0 (Halbzeit 3:0) geschlagen beugen. Je zwei Tore erzielten Breitung I. und II. Das zweite Vorrundenspiel brachte Dürrenberg einen Sieg über Wader-Naumburg von 3:0. — Das Interesse der zahlreichen Zuschauer konzentrierte sich nun auf das Endspiel zwischen Dürrenberg und 99. Und es war ein Kampfspiel im wahren Sinne des Wortes, ein Kampf, wie er in unserem Gau wohl selten zu sehen ist. In einem äußerst schnellen Tempo be-

ginn das Spiel, unsere 99er verlegten dasselbe sofort in des Gegners Hälfte, und Schuß auf Schuß geht auf das Dürrenberger Tor, doch meistert der Torwächter alles in feiner Mauer. Dürrenberg muß sich auf einige Durchbrüche beschränken, die jedoch schon bei der Merseburger Verteidigung enden. Kurz vor Halbzeit bringt Breitung I. einen seiner gefährlichsten Langschüsse an und der erste Erfolg ist erzielt.

Nach Halbzeit verläßt 99 nach das Tempo und Dürrenberg muß mit Aufbietung aller Kraft verteidigen. Endlich kann Witt eine schöne Vorlage Böggebings zum 2. Tor verwandeln, dem wieder Breitung I. durch prächtigen Langschuß das dritte Tor anreißt. Gleich darauf Schluß. Unsere 99er liefern zwei glänzende Spiele, die ganze Mannschaft wies keinen schwachen Punkt auf. Die Stöße war, wie immer, Breitung I., er ließ, durch die Vortreiber Böggebung und Caspari sehr gut unterstützt, die Gegner gar nicht aufkommen. Der Sturm in der Besetzung Witt, Caspari, Breitung II. spielte recht gut zusammen und zeigte schönes Schußvermögen. Schönig, v. Tor hielt die wenigen Schüsse recht gut. Alles in allem ein großer Erfolg für die blau-gelb-blauen Farben.

3 Tage dauernde Meisterschaften in der Leichtathletik in Dürrenberg.

Es waren in der Tat Meisterschaften, die von den vielen Vereibern erzielt wurden. Der erste Tag brachte die Meißner: Steindreher-Frauen im Diskuswerfen mit 42,55 Meter. Sufen-Hamburg im 5000-Meter-Lauf in 15:36,5 (neuer Rekord). Köpfe-Jöhndorf über 800 Meter in 2:01,4. Krümmers-Berlin im Hochsprung mit 1,835 Meter. Grell-Duisburg im Speerwerfen der Frauen mit 32,92 Meter. Frankfurt 1860 in der 4mal 100-Meter-Frauenstaffel in 53,1 Sek. — Bedarf gibt 700 Meter vor dem Ziele auf.

Zweiter Tag.

Neue Meißner: Houben-Krefeld über 100 Meter in 10,7 Sek. Bühlmann-Münster im Hochsprung für Frauen mit 1,39 Meter. Sähnel-Überschöfen im 5000-Meter-Gehen in 23:33,7. Frau Schringer-Wähnen im Diskuswerfen der Frauen mit 23,86 Meter. Feil-Müller-Dresden im 100-Meter-Lauf der Frauen in 13 Sek. — Belender gebürt in 8:06,2 die 4mal 100-Meter-Staffel, v. Massow-Jöhndorf in 58,5 Sek. des 400-Meter-Hürdenlaufes.

Dritter Tag.

Kreuzberg-Überschöfen und Felger-Stettin eingetroffen. — Der Meißner: Houben-Krefeld über 100 Meter in 10,7 Sek. — Trochbach vorzüglicher Rekord im 110-Meter-Hürdenlauf. — Holz stellt eine neue Höchstleistung im Behnlauf mit 600 Punkten auf. Neue deutsche Rekorde im 1000-Meter-Lauf und im 5000-Meter-Gehen. Im 4mal 100-Meter-Lauf wird der Weltrekord mit 42,2 im ungünstigen Endlauf erreicht; im günstigen Endlauf 42,4, neuer deutscher Rekord. — Die Meißner des Sonntags: Büdeler-Berlin im Speerwerfen 54,23 Meter, Houben-Krefeld über 200 Meter in 22,7 Sek. — Furchheim-Münster mit 5,88 Meter Weitsprung der Frauen. — Felger-Stettin über 1500 Meter in 4:03,8. — Trochbach-Frauen im 110-Meter-Hürdenlauf in 15,3 Sek. — Holz im Behnlauf mit 600 Pkt. — Bedarf-Frauen über 1000 Meter in 32:47,6. — Friede-Gannover im Endhochsprung 3,80 Meter. — Feil, Sufen-Berlin im Kugelstoßen mit 8,41 Meter. — Weimann-Mannheim im 400-Meter-Lauf auf 50,1 Sek. — C. C. Charlottenburg in der 4mal 100-Meter-Staffel mit 42,4